

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/205

Bonn, den 26. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2a

Eindeutig

76

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen  
in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland

2 - 3

Gute Arbeitsmoral

79

Krankmeldungen in den letzten Jahren rückläufig  
Bestätigt durch Informationen der Bundesärztekammer

4 - 5

Finnlands Sozialdemokraten sind im Kommen

70

Neue Entwicklungen nach dem Sieg bei den Kommunalwahlen  
Von unserem GI-Korrespondenten in Helsinki

5

Mit Beteiligung Chinas?

24

Abrüstungsverhandlungen in neuer Sicht - Jmd Bonn ?

+ + +

Eindeutig  
-----

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen  
in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland

sp - Die politische Öffentlichkeit hat mit einiger Spannung dem Ausgang der Kommunalwahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland entgegengesehen. Würde sich auch in diesen drei Bundesländern mit ihren mehr als sechs Millionen wahlberechtigten Bürgern das wiederholen, was vier Wochen zuvor bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen geschah: Ein großer Sprung der Sozialdemokraten nach vorn, begleitet von starken Einbußen der CDU und der FDP? Die Wahlen in den drei Bundesländern haben am letzten Sonntag die Antwort darauf gegeben. Sie ist eindeutig. Sie zeigt die Sozialdemokraten als Gewinner dieser Wahlen. Hat die CDU wirklich wieder Tritt gefaßt, wie ihr Geschäftsführer Vorsitzender Dufaus etwas säuerlich behauptete? Im Saarland ist die CDU zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes von der SPD überrundet worden, in Rheinland-Pfalz sank ihr Stimmenanteil im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen von 45,3 auf 43,7 Prozent und nur in Hessen konnte sie den Gewinn von einem Prozent verbuchen.

Auch diese Wahlen bestätigen das Bild, das die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen ergaben. Das Vertrauen der Bevölkerung zu den Sozialdemokraten wächst, ihre Aufbauleistungen in den Kommunen wirken überzeugend; zielstrebige Arbeit zum Wohle des Bürgers weiß der Wähler zu würdigen. Der kritisch-nüchterne Sinn der jungen Wählergeneration schlägt zugunsten der Sozialdemokraten zu Buche. Ihre Stimmengewinne kommen, wie statistische Erhebungen ergaben, vor allem aus der jungen Generation. Sie will Taten sehen, nicht leere Versprechungen hören. Sie hat genug von künstlich aufgeputschten Streitigkeiten, sie läßt sich auch nicht mehr verhetzen und irreleiten. Daran interessiert, in der Industriegesellschaft beruflich voranzukommen, wendet sie ihre Aufmerksamkeit jener Partei zu, für die die Fragen der Erziehung, der beruflichen Ausbildung und der Gesunderhaltung unseres Volkes - und dies im umfassenden Sinne - Wesenselemente ihrer Politik sind. In der sozialdemokratischen Kommunalpolitik erhält die Jugend einen praktischen Anschauungsunterricht, wie man die Politik

den Menschen dienstbar machen kann.

Die strukturelle Verschiedenheit der drei Bundesländer hatte keinen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten verteilt sich auf Stadt und Land, und konfessionelle Bindungen lassen sich nicht mehr zugunsten einer Partei ausnutzen. Gerade im mehrheitlich katholischen Saarland gelangten die Sozialdemokraten an die Spitze, kamen sie von 29,6 auf 39,8 Prozent, ein geradezu spektakulärer Erfolg, an dem es nichts zu deuteln gibt. In ebenfalls überwiegend katholischen Rheinland-Pfalz rückten sie der CDU hart an die Fersen, dort besteht nunmehr ein fast gleiches Kräfteverhältnis. In den Großstädten aller drei Bundesländer dominieren die Sozialdemokraten, konnten sie vielfach zu schon bestehenden Mehrheiten noch beachtliche Stimmen- und Mandatgewinne hinzufügen. In industriellen Ballungsgebieten befindet sich die CDU auf dem Rückzug, muß sie das Feld ihrer großen Konkurrentin überlassen. Auf dem Lande hat sie es schwer, sich zu behaupten. Sie muß nun bitter für die Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben, wie den Bau von Schulen und Wohnungen büßen; auch die Landbevölkerung will, daß ihre Söhne und Töchter eine den Erfordernissen unserer Zeit entsprechende berufliche Ausbildung erhalten und daß das kulturelle Gefälle verschwindet, das zwischen den Bundesländern besteht. Die Kinder der Eltern aus Rheinland-Pfalz sind nicht weniger intelligent als etwa die Kinder von Hamburg oder Berlin, aber sie hatten bisher nicht die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten. Hier mag sich die CDU an die Brust schlagen, sie hat schreckliche Unterlassungen begangen.

Die FDP hat wieder viele Federn lassen müssen; nur in Hessen konnte sie sich einigermaßen behaupten. Auf dem Lande kam ihr die EWG-feindliche Haltung zugute. Den Landwirten wurde damit ein Bärenservice geleistet, der gewiß ihre Nöte und Sorgen nicht beheben kann.

Wann endlich werden die deutschen Freunde Ulbrichts (DFU) ihr hoffnungsloses Beginnen aufgeben, nach Stimmen und Mandatgewinnen zu heischen? Diese Werkzeuge eines fremden Willens finden keine Resonanz in der Bevölkerung, ihre letzten Stützpunkte in Hessen und im Saarland wurden fast zerschlagen. Sie bleiben Sektierer ohne Anhang.

Für die Koalitionsparteien ist der Ausgang dieser Wahlen eine schlimme Enttäuschung. Was haben sie nicht alles getan, um sich der Bevölkerung in den letzten Wochen als eine Koalition der Entschlossenheit und inneren Einheit hinzustellen. Das unwürdige Spiel um die Erhöhung der Telefongebühren trug ihnen keinen Ruhm ein, und die vor den Wahlen verkündete Herabsetzung der Telefongebühren brachte sie um vielen Kredit. Dieser Trick verfiel nicht, die Wähler honorierten ihn nicht. Erhards Wankelmut und Führungselosigkeit, offenbargeworden im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft, fanden ihren gerechten Lohn.

Gute-Arbeitsmoral

Krankmeldungen in den letzten Jahren rückläufig  
Bestätigt durch Informationen der Bundesärztekammer

sp - Teilverbesserungen in der sozialen Krankenversicherung haben keine Welle der Drückebergerei ausgelöst, sondern ganz offensichtlich die Arbeitsmoral der Berufstätigen noch verbessert. Diese alle gegenteiligen Behauptungen widerlegende Tatsache ist jetzt wieder einmal von einer völlig unabhängigen Institution, der Bundesärztekammer, bestätigt worden. Sie veröffentlicht die Untersuchung eines fachkundigen Mitarbeiter und Vorstandsmitgliedes der Kassennärztlichen Bundesvereinigung, die einwandfrei beweist, daß die Summe der Krankmeldungen in den letzten Jahren rückläufig ist.

Ein Fachmann sagt aus

Dr. med. Gerhard König, der übrigens auch dem Gesundheitsausschuß der CDU angehört, analysiert in der letzten Ausgabe des von der Bundesärztekammer herausgegebenen "Deutschen Ärzteblattes" hieb- und stichfeste statistische Unterlagen des Bundesarbeitsministeriums und der Krankenversicherungen, aus denen klar hervorgeht, daß bei der Diskussion um die Reform der Krankenversicherung Argumente verwendet werden, die, wie Dr. König bedauernd sagt, "antiquiert" oder sogar "schlicht falsch" sind.

Der Fachmitarbeiter der Bundesärztekammer erklärt wörtlich:

- \* "Der Tatbestand, daß der Krankenstand fällt, daß er bereits
- \* seit 1962 fiel (1962 betrug der Krankenstand 6,14 Prozent,
- \* 1963 5,92 Prozent der elf Millionen Arbeitnehmer mit An-
- \* spruch auf sofortige Barleistung durch die Krankenkassen),
- \* daß er aber 1964 so erheblich rückgängig ist, wird weder
- \* der Öffentlichkeit noch der Exekutive, noch dem Parlament
- \* so offenbar werden, wie das erforderlich ist. Ohne Zweifel
- \* wird hier versucht, eine günstige Entwicklung zu v e r -
- \* s c h l e i e r n - entweder mit Tricks statistischer Na-
- \* tur oder überhaupt mit dem Mantel des Schweigens, und das
- \* kann man beweisen."

Dr. König unterstreicht, daß diese günstige Entwicklung durchaus nicht allein bei den Lohnempfängern gegeben ist, sondern für a l l e Arbeitnehmer gilt. Er untersucht auch die Krankenstandsentwicklung bei allen 21 Millionen Versicherten und kommt zu dem Schluß, daß seit 1960 kein so günstiges Ergebnis mehr erreicht wurde wie im Januar dieses Jahres, wo sich nur 4,64 Prozent der versicherten Mitglieder krank meldeten.

Er fügt hinzu:

- \* "Das Vergleichsmittel der Jahre 1958 bis 1963 wurde vom
- \* Krankenstand Januar 1964 um über 15 Prozent unterschritten."

In dem Bericht des "Deutschen Ärzteblattes" wird hervorgehoben, daß diese günstigen Ergebnisse, die den ganzen Sommer hindurch angehalten haben, noch höher zu bewerten seien, weil gegenwärtig schließlich das letzte arbeitsfähige "Aufgebot" in den Produktionsprozeß eingegliedert sei. Dr. König fügt hinzu:

- \* "Sollte erneut von irgendeiner Seite ein alter Ledenhüter,
- \* nämlich die Behauptung vom durchschnittlich niedrigeren
- \* Krankenstand der Gastarbeiter hervorgekramt werden, so muß
- \* dem schlicht entgegengehalten werden, daß der durchschnitt-
- \* liche Krankenstand der Gastarbeiter etwas über dem der deut-
- \* schen Arbeitnehmer liegt, obwohl sie durch Maßnahmen vor Er-
- \* teilung der Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik eine ge-
- \* wisse Auslese im Hinblick auf ihre Gesundheit erfahren."

#### Häufig Krankmeldungen wegen schlechten "Arbeitsklimas"

Der gegenwärtig ungewöhnlich niedrige Krankenstand wird im Übrigen in dieser Untersuchung für ganz besonders bemerkenswert in Deutschland gehalten, da immerhin ein großer Teil der Bevölkerung noch immer vom Krieg und den Entbehrungen der Hungerjahre gesundheitlich belastet sei. In Anbetracht des Vordringens der Frühinvalidität hält Dr. König einen allzu niedrigen Krankenstand nicht einmal für wünschenswert. Für viele Krankmeldungen sei im Übrigen das schlechte "Arbeitsklima" mancher Betriebe die Ursache, das nur von den Unternehmern selber zu beheben sei.

- \* "Man sollte auch nicht immer wieder von Arbeitsmoral sprechen,
- \* Arbeitermoral meinen, das Absinken der allgemeinen staatsbürger-
- \* lichen Moral übersehen und sich der Gefahr aussetzen, selbst
- \* nach der Steuermoral gefragt zu werden,"

meinte der untersuchende Mediziner mit einem Seitenhieb auf gewisse Industrielle.

#### Erhard wurde falsch informiert

Entschieden wendet sich Dr. König dagegen, die günstige Entwicklung des Krankenstandes weiter zu bagatellisieren und fügt verärgert hinzu:

- \* "Das sollten sich übrigens auch die Sozialpolitiker und Wirt-
- \* schaftspolitiker hinter die Ohren schreiben, und die Sachver-
- \* ständigen der Exekutive, welche es zu verantworten haben, daß
- \* ausgerechnet im Frühjahr 1964 Bundeskanzler Erhard über den
- \* Krankenstand fehlinformiert und dadurch veranlaßt wurde zu
- \* sachlich nicht mehr belegbaren Äußerungen über den Kranken-
- \* stand."

Womit wieder einmal deutlich wird, daß reden und regieren zwei recht unterschiedliche Beschäftigungen sein können.

## Finlands Sozialdemokraten sind im Kommen

Neue Entwicklungen nach dem Sieg bei den Kommunalwahlen

Von unserem Gl-Korrespondenten in Helsinki

Bei den am 4. und 5. Oktober 1964 in Finnland durchgeführten Kommunalwahlen haben die Sozialdemokraten mit rund 20 000 Stimmen seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder die kommunistische Partei überflügelt, die bisher die stärkste Partei Finnlands war. Dieser Erfolg der finnischen Sozialdemokraten ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß es vor den Wahlen nach mehr als einjährigen Versöhnungsverhandlungen gelungen war, den Streit zwischen der eigentlichen Sozialdemokratischen Partei und einer sozialdemokratischen Splittergruppe beizulegen. Zwar war ursprünglich die Vereinigung mehrerer Gruppen beschlossen worden, aber dazu konnte es noch nicht kommen.

Nachdem jedoch die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs von 5 Prozent im Vergleich zur Wahl im Jahre 1960 erringen konnte, dürfte feststehen, daß die meisten Anhänger der Splittergruppe sich für die Sozialdemokratie entschieden haben. Dieses kaum in konkreten Zahlen zum Ausdruck kommende Ergebnis wird voraussichtlich zu einer weiteren Überwindung früherer Spaltungstendenzen innerhalb der finnischen Sozialdemokratie führen.

\* \* \*

Die Sozialdemokraten waren seit sieben Jahren von der Mitarbeit in der Regierung ausgeschaltet. Durch die Zersplitterung war die Stammpartei derart geschwächt, daß sie der Agrarpartei gegenüber nicht als gleichgewichtiger Partner auftreten konnte. Die Agrarier, denen seither die Regierungsbildungen von Präsident Kekkonen (der ebenfalls Agrarier ist) übertragen worden war, hatten die Sozialdemokraten mit der Begründung nicht zur Mitarbeit herangezogen, daß eine Beteiligung der Sozialdemokraten die guten Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion trüben könnte.

Während der Regierungszeit des Bürgerblocks haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse derart verschlechtert, daß es zuletzt überhaupt nicht mehr möglich war, eine Regierung zustande zu bringen und die Regierungsgeschäfte von Beamten geleitet werden mußten. Erst vor kurzem ist es nach monatelangen Bemühungen des Präsidenten gelungen, unter dem Agrarier Virolainen eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. Doch jedermann in Finnland ist davon überzeugt, daß diese Regierung nur sehr kurze Zeit im Amt bleiben wird.

\* \* \*

Die zu Beginn des Jahres eingeführte Umsatzsteuer hat zu einer sehr empfindsamen Erhöhung aller Preise, insbesondere jener der Grundnahrungsmittel, geführt. Die Preissteigerungen in Finnland liegen weit über dem europäischen Durchschnitt. Nun aber sollen neue Steuererhöhungen vorgenommen werden. Außerdem verlangen die Bauern höhere Preise für ihre Produkte. Und zum dritten muß die Kreditvergebung für den Bau von Wohnhäusern neu geregelt werden.

Selbst Präsident Kekkonen scheint zu befürchten, daß die von ihm soeben ins Amt eingeführte Regierung bald scheitern wird. Denn er hat unmittelbar vor den Gemeinderatswahlen in einer Rede erklärt, daß er eine Mitarbeit der Sozialdemokraten in der Regierung begrüßen würde, vorausgesetzt, daß die Sozialdemokraten dem Nachbarn im Osten gegenüber freundlicher sein sollen.

Der neue Parteivorsitzende der Sozialdemokraten, der Journalist Rafael Paasio, hält dem entgegen, daß kein Grund vorliege, die außenpolitische Linie zu ändern, da diese auf freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Nachbarländern beruhe. Der Unwillen der Sowjetunion richtete sich gegen den früheren Parteivorsitzenden Tanner, der jedoch nunmehr von Paasio abgelöst wurde. Paasio gab aber auch zu verstehen, daß seine Partei im Falle eines günstigen Wahlausgangs durchaus bereit sei, nach der Abhaltung von Reichstagswahlen gemeinsam mit den Agrariern eine Regierung zu bilden.

Nun sind die Gemeinderatswahlen für die Sozialdemokraten gut ausgegangen. Allgemein wird jetzt erwartet, daß die Finnen sehr bald wieder zu den Wahlen gerufen werden, um die 200 Mitglieder des Reichstages neu zu wählen. Denn durch die Spaltung haben die Sozialdemokraten bei der letzten Wahl nur 40 statt jener 50 Mandate erhalten, die sie hätten erreichen können, wenn beide Parteigruppen gemeinsam aufgetreten wären. Das erfreuliche Ergebnis der Gemeinderatswahl läßt erwarten, daß selbst die letzten Außenseiter, die noch versuchen, die Splittergruppe am Leben zu erhalten, ihre Eigenbrötelei nunmehr im Interesse der finnischen Arbeiterschaft und des ganzen Landes aufgeben - und daß die Bevölkerung der neugeborenen Sozialdemokratie neues Vertrauen entgegenbringt. Man hofft, daß die zehn, infolge der Spaltung verlorengegangenen Mandate zurückerkämpft werden können.

+ + +  
Mit Beteiligung Chinas ?  
-----

sp - Die Explosion der ersten chinesischen Atombombe hat die Lösung der mit einer Abrüstung im Weltmaßstab zusammenhängenden Probleme noch schwieriger gemacht. Rotchina gehört nicht den Vereinten Nationen an, es ist in Genf nicht am Verhandlungstisch vertreten, es denkt auch nicht an einen Beitritt zum Atomteststopp-Abkommen. Die Vertreter des Abrüstungsgedankens scheinen nun auf hoffnungslos verlorenem Posten zu stehen. Aber ist ihre Position wirklich hoffnungslos? Eine Meldung aus den USA läßt aufhören. Falls die Chinesen irgendetwas Konstruktives zu sagen haben, können sie dies über die ihnen zur Verfügung stehenden Kanäle tun, meinte ein Sprecher des USA State Departement, und er fügte hinzu, möglicherweise müßten in einem gewissen Stadium der Genfer Abrüstungsverhandlungen alle "militärisch bedeutenden Staaten" an einem Abkommen beteiligt werden. Diese gewichtige Feststellung läßt den Willen und die Bereitschaft der USA erkennen, der Welt die Tragödie eines ungehemmten atomaren Rüstungswettlaufs zu ersparen und sich mit jenen an einen Tisch zu setzen, die zu ihren gefährlichsten Gegnern gehören. Effektive und kontrollierbare Abrüstung wird so schnell nicht zu erreichen sein, aber sie bleibt das Ziel einer auf die Erhaltung des Weltfriedens bedachten Politik. Wie ernst dies auch die Briten nehmen, geht schon daraus hervor, daß der neue Premierminister Wilson ein eigenes Ministerium für Fragen der Abrüstung schuf. Und wie steht es bei uns in der Bundesrepublik? Bundeskanzler Erhard hält eine eigene Abrüstungsbehörde für unnütz, aber mit allgemeinen Redensarten wird man in Bonn auf die Dauer wohl nicht auskommen können.